

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postverlandort: Dortmund.

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Reichsstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 M. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließl. 42 Pfg. Belegpreis 2.52 M. — Reno-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengröße 6 Pfg., Kellampreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 329

Donnerstag, den 29. November 1934

Jahrgang 1934

Eine gemeine Fälschung.

Keine parteiamtliche Aufforderung zur Vermessung der Ordens- und Missionsgesellschaften gehörenden Grundstücke.

DNB München, 28. November.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: „In einigen Emigrantenblättern findet sich der Ausdruck eines Rundschreibens, der angeblich vom Schahamt der NSDAP an die Gaumtsleiter ergangen sein soll. In diesem angeblichen Rundschreiben soll die NSDAP verlangt haben, daß die Grundstücke und Gebäudekomplexe der in den Gaubereichen sich befindenden Ordens- und Missionsgesellschaften beider Konfessionen genaue Vermessungen zu veranlassen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister der NSDAP wird festgestellt, daß weder ein solches, noch ein ähnliches Rundschreiben jemals ergangen ist. Dieser Fall zeigt neuerdings, mit welchen Mitteln die Emigrantenpresse ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus führt. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß das angebliche Rundschreiben eine gemeine Fälschung darstellt.“

Strafverfahren oder nicht?

Gerechtigkeit für die Führer der Deutschen Front!

DNB Saarbrücken, 28. November.

Die Regierungskommission hatte in ihrer der Saarpresse erteilten Aufklärung vom 15. 11. als Antwort auf die letzte Beschwerde der Deutschen Front an den Völkerrund mitgeteilt, daß sie gegen die Unterzeichner der Denkschrift, Landesleiter Pirro sowie die Landesabgeordneten Böckling, Kiefer, Schmeling und Leuach, Strafantrag beim Obersten Verwaltungsgericht wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt habe. Mit größter Befriedigung und Geschwindigkeit wurden daraufhin sofort mehrere Vernehmungen vorgenommen, die auf ein baldiges Verfahren schließen ließen. Seit zehn Tagen ist es jedoch still um diesen Prozeß geworden. Wieder die Befürchtungen, noch die saarländische Öffentlichkeit sind darüber unterrichtet, was nun weiter geschehen soll. Zumindest die beteiligten Stellen könnten jedoch den Anspruch erheben dürfen, daß ihnen baldigst mitgeteilt werde, ob ein Strafverfahren eingeleitet wird oder nicht. Es geht schließlich nicht an, daß man zunächst durch derartige schwerwiegende Vorwürfe und durch Stellung eines Strafantrages in geradezu dramatischer Weise die Denkschrift der Deutschen Front zu entkräften sucht, dann aber auf einmal von einer tatsächlichen Klärung und Unterbrechung Abstand nehmen zu können glaubt. Der vorliegende, von der Regierungskommission hochpolitisch aufgefällte Fall sollte die Abkündigung der Verleumdung vorzuziehen, um den Beschuldigten die Möglichkeit zu ihrer Rechtfertigung zu geben. Saarbörderung und Völkerrundrat dürften gleichermäßen am Ausgang und Verlauf des Prozesses interessiert sein.

Der Präsident von Bolivien gefangen genommen.

London, 28. Novbr.

Reuter berichtet aus New York: Der Präsident von Bolivien, Salamanca, wurde von Truppen in der Gegend von Chaco Boreal gefangen genommen, wie von amtlicher Seite in La Paz mitgeteilt wird. Salamanca hatte sich ins Chaco-Gebiet begeben, um wegen der kürzlichen Niederlage der bolivianischen Armee gegen die Paraguaner einen Wechsel im Oberkommando der Armee vorzunehmen.

Die große Debatte im Unterhaus

Die Reden Churchills und Baldwins.

DNB London, 28. Nov.

Das Unterhaus war am Mittwoch in Erwartung der großen Aussprache über Churchills Antrag auf Erhöhung der britischen Rüstungen, insbesondere der Luftstreitkräfte, nicht besetzt. Daß sich das Kabinett auf seiner heutigen Sitzung mit der endgültigen Fassung beschäftigt hatte, die den Reden Churchills und Sir John Simons gegeben wurde, war bald in den Wandelgängen des Parlaments bekannt und bewies den Mitgliedern, daß die heutige Erörterung von besonderer Bedeutung ist. Bevor Churchill seinen Antrag einbringen konnte, mußten noch die üblichen kleinen Anfragen erledigt werden.

Lordfischelbarrister Eden mußte u. a. eine Anfrage über die Saarfrage beantworten. Der Liberale Mandar wollte wissen, ob die britische Regierung eine Verantwortung für die französischen Truppen zu übernehmen bereit ist, die für eine etwaige Polizeifunktion an der Saar zur Verfügung gestellt werden könnten. Eden antwortete: Die Verantwortung, die mit der Verantwortung beauftragt ist, die Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten, ist die Verantwortung der Regierungskommission. Was das Recht der Regierungskommission betrifft, in der Ausübung dieser Aufgabe Unterstützung von außerhalb anzufordern, so habe ich die Erklärung, die vom Staatssekretär des Innern am 5. November in Beantwortung einer Anfrage Lansburns abgegeben worden ist, nichts hinzuzufügen.

Ein Mitglied verlangte Auskunft über die Zahl unterirdischer bombenartiger Flugzeugschuppen in Deutschland und in England. Unterstaatssekretär für Flugwesen Saffron erwiderte darauf, es würde nicht im öffentlichen Interesse liegen, irgendwelche Mitteilungen in dieser Frage zu geben.

Der Sekretär des Leberseehandels Colville teilte mit, daß das englisch-deutsche Transferabkommen vom 4. Juli befriedigend arbeite. Das konservative Mitglied Oberst Moore fragte hierauf, ob Colville bekannt sei, daß augenblicklich eine sogenannte internationale Konferenz in London tagte, um einen Feldzug einzuleiten, der einen wirtschaftlichen Boykott gegen Deutschland zum Ziele habe. Colville erwiderte, daß die erwähnte Konferenzkonferenz vollkommen launisch sei; jede Stellungnahme von Seiten der Regierung würde zum Ausdruck bringen, daß der Tätigkeit dieser Konferenz zuviel Wichtigkeit beigegeben werde.

Nachdem noch der Finanzsekretär des Schatzamtes Duff Cooper ein Gerücht über eine geplante Anleihe an Japan als unbegründet erklärt und Eden die Zahl der während der am 31. Oktober zu Ende gegangenen zehn Monate aus England nach Deutschland eingeführten Flugzeugmotoren mit 96 angegeben hatte, begann

Churchill

unter der größten Spannung des Hauses die große Rede zur Begründung seines Antrages.

Er leitete seine Darlegungen gleich mit der Feststellung ein, daß er einen Krieg nicht für unmittelbar bevorstehend oder unvermeidlich erachte. Aber es scheint ihm sehr schwierig, die Schlussfolgerung zu umgehen, daß Großbritannien unverzüglich für seine Sicherheit sorgen müsse, weil dies anderenfalls bald außerhalb seiner Macht liegen würde.

Die große neue Tatsache, die die Aufmerksamkeit jedes Landes in Europa und der Welt in Anspruch nehmen, sei, daß Deutschland wieder aufstehe. Diese Tatsache dränge fast alles andere in den Hintergrund. Die Fabriken Deutschlands arbeiteten eigentlich unter Kriegsumständen. Deutschland rüste auf zu Land, in gewissem Maße zur See und was Großbritannien am meisten berühre, in der Luft. Die furchtbare Art des Luftangriffes sei die Brandbombe. Eine Woche oder zehn Tage nachhaltiger Bombenangriffe auf London würden 30- oder 40 000 Menschen töten oder verstümmeln und in

kurzer Zeit würden drei oder vier Millionen Menschen aufs Land hinaus getrieben werden.

Churchill behandelte im einzelnen die Fragen des Angriffs und wandte sich dann der Frage der Abhilfe zu. Er bemerkte, jeder Teil des Landes befände sich fast innerhalb Reichweite eines Luftangriffes. Es sei so gut wie zwecklos, wenn man plane, die britischen Arsenale und Fabriken nach der Westküste zu verlegen. Man müsse dieser Gefahr dort, wo man stehe, gegenüberstehen und könne sich nicht von ihr wegbewegen. Er hoffe, daß die Regierung nicht die wissenschaftliche Seite des Schutzes der Bevölkerung vernachlässigen werde.

Die einzige praktische und sichere Verteidigung sei, dem Feind ebenbürtigen Schaden zuzufügen, wie er England zufügen könne. Dies Verfahren könne in der Praxis völligen Schutz bieten. Wenn dies erreicht werden könne, was bedeutete demgegenüber 50 oder 100 Millionen Sterling, die durch Währung oder eine Anleihe aufgebracht werden.

Großbritannien müßte jetzt beschließen, sollte es was es wolle, in den nächsten zehn Jahren eine Luftstreitmacht zu unterhalten, die wesentlich härter sei als die Deutschlands.

Es würde ein großes Verbrechen gegen den Staat sein, wenn irgendeine englische Regierung es zulassen würde, daß die Stärke der britischen Luftstreitkräfte unter die der deutschen falle.

Churchill streifte sodann die Frage, ob es nützlich sei, durch den Völkerrund die Schaffung von Schutzvorposten auf dem Kontinent zu betreiben und fuhr fort: Das deutsche Volk habe sehr freundliche Gefühle gegenüber England, und es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß Deutschland England anzugreifen werde. Aber es könnte bald in der Macht der deutschen Regierung liegen, dies zu tun, wenn Großbritannien nicht handele. Alles, was bei der Organisation der deutschen Regierung notwendig sei, um ohne Ankündigung einen Angriff vom Stapel zu lassen, sei der Beschluß einer Handvoll Männer. Es sei eine Gefahr für ganz Europa, daß England sich in dieser Stellung befinde. Die Gefahr würde Großbritannien in sehr kurzer Zeit heimhaken, wenn es nicht sofort handele. Das Geheimnis der deutschen Rüstungen müsse gelockert werden. Deutschland rüste in Verletzung des Vertrages auf. Heute habe Deutschland seine Rüstungen auf den Stand von 1933 gebracht, was dem Vertrag widerspreche. Auf dem Gebiete der Rüstungen und des Personals und Material. Dies alles warte nur auf einen Befehl, um zusammengeführt zu werden. Diese ungeheueren Luftstreitkräfte erreichen rasch den Stand wie die britischen. Nachstes Jahr um dieselbe Zeit würden, wenn Deutschland und Großbritannien sich an ihre Programme halten, die deutschen militärischen Streitkräfte mindestens so stark sein wie die britischen. Ende des Jahres 1936 werde die deutsche Luftstreitmacht fast 50 v. H. stärker sein und im Jahre 1937 die doppelte Stärke der großbritannischen erreicht haben. Deutschlands Zivilflugzeuge könnten leicht umgewandelt werden, während die Großbritannien für Kriegszwecke völlig wertlos seien. Die verschleppte Politik der britischen Regierung auch nur einige Monate fortzuführen, würde heißen, Großbritannien der Macht zu berauben, die die deutschen Anstrengungen zu überflügeln.

Churchill, der 50 Minuten lang sprach, erntete lauten Beifall von Seiten der Regierungsbänke.

Nach ihm erhob sich

Baldwin

für die Regierung. Er erklärte, dies sei eine der schwierigsten und wichtigsten Fragen, die das Haus besprechen könnte. Es sei eine Frage, die von der Regierung auf jeden Fall binnen kurzem dem Parlament hätte unterbreitet werden müssen.

Die ganze Frage beruhe nicht nur Großbritannien und seine Verteidigungsmittel, sondern ganz Europa. Aber sogar jetzt, wo die Dinge so schwarz erschienen, habe er nicht die Hoffnung auf eine Rüstungsbeschränkung irgendwelcher Art aufgegeben. Er wolle nichts sagen, um die Annäherung zu erschweren, die aus dieser Debatte folgen könnte, und er hoffe, daß Deutschland, wenn es die Rede lese, jedes Wort von dem, was er gesagt habe, lese und die Rede nach ihrem Geist beurteile. Eine der Grundlagen des heute bestehenden (Fortsetzung auf der zweiten Seite.)

Tagesrundschau.

Parlamentsaktion für die englische Aufrüstung.

Die der deutschen Regierung angekündigte große Rüstungsdebatte im englischen Unterhaus hat gestern ihren Anfang genommen. Winston Churchill, uns Deutschen als Gegner bekannt, hat zur Begründung seines Antrags auf Vermehrung der britischen Luftstreitkräfte gesprochen. Seiner Rede, die für uns keine Ueberraschung bieten konnte, folgte, wie schon in der „Times“ am Morgen mitgeteilt wurde, vereinbarungsgemäß die Antwort Baldwins, des Hauptredners der Regierung. Seine einleitenden Worte bestätigten die Vermutung, daß die Aufmachung der ganzen Aussprache ihren hauptsächlichsten Grund darin hat, neue Forderungen für die englische Aufrüstung zu begründen. Immerhin hielt er es für seine Pflicht, den dichten Ueberflüssen Churchills entgegenzutreten. Im Augenblick, wo diese kurzen Bemerkungen zu Papier gebracht werden, liegt der Schluß des Berichts über die Debatte noch nicht vor. Insbesondere fehlt noch jede Angabe darüber, was der Außenminister Sir John Simon gesagt hat, der nach der Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament die Aussprache abschließen sollte. Vor einer eingehenden Stellungnahme zu den englischen Reden scheint es uns aber angebracht, erst den Gesamtverlauf der Debatte kennen zu lernen, weil man erst dann sich ein richtiges Bild von dem, was man in England vorhat und wie man es begründet, machen und beurteilen kann, was dazu vom deutschen Standpunkt aus zu sagen ist. Schon jetzt ist indessen darauf hingewiesen, daß der Deutschland im Dezember 1932 zugestimmten Gleichberechtigung bis heute ihre praktische Verwirklichung fehlt. Wir haben die Engländer daran zu erinnern, daß der Besuch des Lordfischelbarristers Eden in Berlin eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen Deutschland und England über die Form ergeben hat, in der die theoretische Anerkennung des deutschen Gleichberechtigungsanspruchs zu verwirklichen ist. Es ist Italien dafür war, daß dann aber der französische verstorbenen französische Außenminister Barthou sich einschaltete und man in London darauf sich über die deutsche Gleichberechtigung in Schwelgen hüllte. Auch von der Luftkonvention, die die britische Regierung damals vorbereitet hatte, hat man nichts mehr gehört. Wenn man in England heute die Geschichte dieses deutschen Kampfes um Gleichberechtigung und Ehre nicht mehr zu kennen scheint oder sich schämt, darüber öffentlich zu sprechen, so haben wir Deutsche dies alles umso lebhafter in Erinnerung. Wir haben nicht vergessen, worum die deutsche Regierung gekämpft und welche Etappen es auf diesem Wege gegeben hat. Die Welt hat aber auch aus dem Munde des deutschen Führers immer wieder und am Dienstag noch aus dem Munde seines Stellvertreters gehört, daß nicht minder stark wie unser Wille, eine gleichberechtigte Nation zu sein, unser Friedenswille ist.

Die südslawische Anklage.

Nach der Note, mit der die südslawische Regierung Regierung unter Mitwirkung der mit ihr in der Kleinen Entente verbundenen Regierungen der Tschechoslowakei und Rumäniens das Attentat von Marseille vor den Völkerrund gebracht hat, ist nunmehr auch die in Belgrad verfaßte Denkschrift, ein umfangreiches Aktenstück, in Genf überreicht worden. Der Note ist bekanntlich die ungarische Regierung, gegen die sich die südslawischen Vorwürfe richten, mit aller Schärfe entgegengetreten, und so muß man annehmen, daß sie alsbald auch zu der Denkschrift Stellung nehmen wird, die das Material enthält, auf das die südslawische Regierung ihre Anklage gegen Ungarn stützen zu können glaubt. Wir sind gewiß der Meinung, daß die politischen Hintergründe der grauenhaften Tat von Marseille geklärt werden müssen, aber zunächst haben wir es hier mit südslawischen Behauptungen zu tun, und es muß abgewartet werden, was die ungarische Regierung dazu zu sagen hat und wie die in Genf beantragte Untersuchung der Angelegenheit ausgehen wird.

Demonstrationen im nationalsozialistischen Staat.

Das Vorgehen der tschechischen Studenten gegen die deutsche Universität in Prag und die erzwungene Aushändigung der alten Universitätsinsignien hat im deutschen Volk nur zu begrifflicher Empörung hervorgerufen, die sich bei der mit ihren subdeutschen Kommilitonen stark mitleidenden deutschen Studentenschaft besonders deutlich geäußert hat. In Berlin, Köln und Frankfurt hat es ebenso wie in Wien studentische Kundgebungen gegeben, an die sich Demonstrationen zur tschechoslowakischen Gesandtschaft bezug zu den Konsulaten angeschlossen haben. Sie sind in Disziplin und Ordnung verlaufen. Es haben keine Ausschreitungen irgendwelcher Art stattgefunden. Den Vertretern der Tschechoslowakei und den Gebäuden, in denen sie antizipieren, ist nichts passiert, und so haben sich diese Kundgebungen sehr stark von den Ständen ab, in denen die tschechischen Studenten in Prag ihrer Feindschaft gegen die mit ihnen zu einer Staatsgemein-

Heute Hochzeit in London.



Die Hauptverkehrsstraßen Londons sind überfüllt mit Girlanden, Fahnen und Emblemen für die heute stattfindende Hochzeit des englischen Königsprinzen Prinz Georg mit Prinzessin Marina von Griechenland geschmückt. Man sieht auf dem Bild links Hochzeitswagen aus Blumen über dem Fahrbaum der Bond-Street. Fast ununterbrochen umlagerte, wie es das Bild rechts zeigt, schon am Vortage eine riesige Menschenmenge die königliche Residenz, den Buckingham-Palast, weil jeder hoffte, das Brautpaar einmal aus der Nähe sehen zu können.

schaft gezwungenen Deutschen und ihrem Chauvinismus Ausdruck gegeben haben. Eine andere Frage ist, ob solche Demonstrationen, wie sie in den genannten deutschen Universitätsstädten veranstaltet wurden, im Sinn der nationalsozialistischen Staatsführung liegen, ob sie den staatspolitischen Grundgedanken entsprechen und nützlich sind. Diese Frage beantwortet Staatsrat Groß, der Gauleiter von Köln-Magden, im Westdeutschen Beobachter. Er erkennt das nationale Ethos der Demonstrationen mit ihrem disziplinierten Verlauf an, bemerkt aber dann, daß die Demonstration, die im parlamentarisch-demokratischen Staat das Mittel war, der in der Bevölkerung herrschenden Auffassung Gehör zu verschaffen, heute anders zu beurteilen sei, wo die Regierung besser als in jedem anderen System dem klaren und gebundenen Volkswillen entspreche.

Der Wille des Volkes, schreibt Gauleiter Groß, der Köln Studententumgebung, kommt durch den Willen seiner regierenden Männer zum Ausdruck. Wenn das Volk selbst seinen Willen bezeugen soll, wird es dazu von der Regierung aufgefordert. Demonstrationen, die von nicht verantwortlichen Stellen und Personen ausgehen, sind nicht nur überflüssig, sondern sie können unter gewissen Umständen dem Interesse des Volkes abträglich sein. Jedenfalls entsprechen sie nicht mehr den staatspolitischen Grundgedanken, die der Nationalsozialismus in Deutschland eingeführt hat. Der nationalsozialistische Außenminister hat es nicht nötig, sich z. B. von Studenten anfeuern zu lassen, bestimmte Forderungen ausländischer Regierungen gegenüber zu vertreten. Er tut das, was notwendig ist, schon aus sich heraus oder auf Weisungen, die ihm der Führer gibt. In der Frage, die gestern nach der Demonstration wurde, muß auch gesagt werden, daß sie in Anbetracht der noch immer sehr aktiven Emigranten im Ausland höchst unwahrscheinlich einen Erfolg für Deutschland nach sich ziehen wird. Denn allzu leicht wird die Wahrheit der Begebenheit im Ausland mißverstanden und vor allem von den Emigrantenfakten bewußt verdrängt. Um so natürlich ist es in einer Zeit des Problems, in der sich Europa befindet, Dinge mit über die Grenzen des Reiches hinausgehender Zielrichtung den dafür berufenen Stellen der Regierung zu überlassen. Deutschland will mit allen anderen Völkern in Frieden leben, und es will deshalb auch eingetretene Streitfälle in einer Weise lösen, die Schärfe möglichst vermeidet. Deutschland kann gewiß stolz sein auf das wiedererlangte stolze Ehrbewußtsein der Nation, wozu die geistige Demonstration ein Ausdrück war. Das deutsche Volk hat aber andere Möglichkeiten genug, der Welt seine Unerbittlichkeit in der Ehrenfrage zu beweisen. Möglichkeiten, die wirkungsvoller sind, und die vor allem Mißbeurteilungen ausschalten und Bekehrungen erwirken.

Die sehr beachtlichen Ausführungen des Kölner Gauleiters schließen mit der Bemerkung, daß Demonstrationen von der Art, wie sie die Kölner Studentenschaft veranstaltet hat, nicht geduldet werden können. Wer sie in ähnlichen Fällen in Zukunft zu unternehmen versuchen sollte, werde mit strengen Maßregelungen durch Staat und Partei rechnen zu haben. Im Sinne dieser Ausführungen muß man es bei aller Würdigung der ethischen und idealistischen Empörung über die Vorkommnisse in Prag und bei aller Achtung vor der disziplinierten Durchführung der Demonstrationen bedauern, daß auch am Mittwoch in Berlin sich die Kundgebung der Studenten der Technischen Hochschule nicht auf die Versammlung im Lichthof des Hochschulgebäudes beschränkt, sondern sich auch noch ein Zug zur tschechoslowakischen Gesandtschaft begeben hat. Das gleiche ist zu dem Demonstrationszug der Frankfurter Studenten vor das tschechoslowakische Konsulat zu sagen. Immerhin werden die verantwortlichen Stellen in Prag aus all diesen studentischen Kundgebungen gemerkt haben, daß die nachbarlichen Beziehungen der Tschechen zu dem gesamtdeutschen Volke, gleichgültig ob sein Herz am Rhein oder Main, an der Spree oder Donau schlägt, nicht durch solche chaotischen Gewaltakte wie den Raub historischer Erinnerungsstätte, die sechshundert Jahre im deutschen Volk gewachsen sind, gefährdet werden, daß vielmehr das deutsche Volk über alle Grenzen hinweg sich von Schlägen getroffen fühlt, die man irgendeinem seiner Teile verleiht, und dagegen aufbegehrt.

Neuer Protest der Berliner Studenten gegen Prag.

Kundgebung vor der tschechischen Gesandtschaft.

DNB Berlin, 28. November.

Die Studierenden der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg versammelten sich heute mittig im Lichthof ihrer Anstalt zu einer Kundgebung gegen die Prager Ausschreitungen.

Aus allen Hörsälen und Seminaren strömten Studenten, Professoren und Hochschulbeamte in den riesigen Lichthof. Sprechende gaben unter dem klärenden Beifall der Studierenden ihrer Empörung über die Prager Vorfälle Ausdruck.

Der Studentenschaftsführer der Technischen Hochschule wies in einer Ansprache darauf hin, daß seit sechs Jahrhunderten deutsches Kulturgut und deutsche Wissenschaft in der tschechoslowakischen Republik verdrängt werden und hervorragende deutsche Wissenschaftler an der deutschen Universität Prag arbeiten. Heute könnten sie sich kleinliche Elemente nicht verneinen, alle Regungen des deutschen Geistes abzuwürgen. Mit großem Beifall wurde der Rektor der Technischen Hochschule, SA-Oberführer Prof. von Arnim, begrüßt, der die Studentenschaft zur Disziplin ermahnte und unter klärenden Beifallstundungen verurteilte, daß zum Protest gegen die Prager Vorfälle die Vorlesungen an diesem Tage ausfielen.

In musterbildender Ordnung formierten sich darauf die Studenten, um durch den Tiergarten zur tschechoslowakischen Gesandtschaft zu ziehen. Als die Spitze vor dem Gesandtschaftsgebäude in der Rauchstraße eintraf, war der Zug aus mehreren tausend Studenten angewachsen, denen sich eine unübersehbare Menschenmenge angeschlossen hatte. Nationalsozialistische Kampffließer und Sprechtruppe begleiteten den Marsch. Auf mitgeführten Transparenten sah man zahlreiche Inschriften und Kampfrufe, die der Empörung der Berliner Studentenschaft Ausdruck gaben. Ein Student nahm das Wort und geistelte unter klärenden Pfau-Rufen die Prager Vorfälle, die das ganze Deutschland angingen. Die Deutsche Studentenschaft lehnte es ab, so wie die tschechischen Studenten, mit Gewalt vorzugehen. Geordnet und diszipliniert marschierte sie wieder nach Hause.

Das neue Danziger Staatsoberhaupt.

Senatsvizepräsident Greiser zum Nachfolger Kaufmanns gewählt.

+ Danzig, 28. November.

Der Danziger Volkstag trat am Mittwochmittag zusammen, um den Nachfolger des zurückgetretenen Senatspräsidenten Dr. Kaufmann zu wählen. Zum Senatspräsidenten wurde mit 41 Stimmen der NSDAP bei 2 Stimmenthalten der bisherige Senatsvizepräsident und Innenminister Arthur Karl Greiser gewählt.

Die übrigen 29 Abgeordneten der Oppositionsparteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Der Landesbauernführer Lothar Kettlich wurde zum unbesoldeten Senator gewählt. Beide nahmen die Wahl an. Die nationalsozialistische Mehrheit des Danziger Parlaments brachte auf den neuen Senatspräsidenten und den Senator Kettlich ein dreifaches Siegesheil aus.

Senatspräsident Greiser, der neben der bisher schon von ihm geleiteten Abteilung des Innern auch die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs übernehmen wird, wurde am 22. Januar 1937 im Polen geboren. Bei Ausbruch des Krieges ging er zunächst als Freiwilliger zur Marine und später zur Seefliegerei, wo er sich durch hervorragende Tapferkeit das Eiserne Kreuz erster Klasse erwarb. Nachdem er als Geschäftsführer

Die englische Parlamentsdebatte.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Mistrans sei die Unkenntnis außerhalb Deutschlands und die Geheimtätigkeit innerhalb Deutschlands. Baldwin bemerkte, er werde nicht Deutschlands neues Regime kritisieren. Jedes Land müsse tun, was es bezüglich seiner Regierung für gut ansehe. Hierauf befragte sich Baldwin mit den seit dem Umschwung in Deutschland eingetretenen Ereignissen. Der Stärkung der Rassen Entente, der „großen Beunruhigung“ in Osteuropa, den Erschütterungen in Italien, Polen usw. Er bemerkte,

es sei ein Zustand der Nervosität entstanden, der von einem Land in das andere übergriffe und ein böses Vorzeichen für den Frieden Europas und für eine den Frieden aufrecht erhaltende Weltstellung sei.

Baldwin bemerkte, er werde eine Anzahl von Zahlen angeben, aber infolge der Tatsache, daß Deutschland ein „dunkler Kontinent“ sei, könne er keine Gewähr für die Ziffern übernehmen. Nach einer Zugabe, daß das deutsche Volk erklärte Baldwin, die Deutschen schätzten sich eine Luftfreiheit; er glaube jedoch, daß die meisten der Berichte in der englischen Presse stark übertrieben seien.

Es gebe im gegenwärtigen Augenblick keinen Grund für unangebrachte Besorgnisse und noch weniger für Panik. Weder England noch irgend jemand in Europa liege augenblicklich vor irgend einer unmittelbaren Bedrohung.

Es herrsche kein tatsächlicher Notstand, aber Großbritannien müsse vorausschauen, und es bestehe Grund zu sehr ernster Besorgnis. Aus diesem Grunde habe die Regierung die Lage seit vielen Monaten beobachtet, beobachte sie noch und werde sie weiter beobachten. Sollte sich eine gefährliche Lage entwickeln, von der man im gegenwärtigen Augenblick keine Anzeichen sehe, so werde die Regierung nicht unvorbereitet überrascht werden.

Baldwin stellte nachdrücklich in Abrede, daß Großbritannien allgemein in der Luft nachhinkte.

In Erwiderung der Erklärung Churchills bemerkte er, es treffe nicht zu, daß sich Deutschland rasch dem Stande Großbritanniens näherte. Deutschland besaße sich tatsächlich aktiv mit der Herstellung von Militärflugzeugen, aber seine wirkliche Stärke betrage nicht 50 v. H. der heutigen Stärke Großbritanniens. Churchills Beurteilung der Lage treffe nicht zu. „Die britische Regierung“, so hob Baldwin hervor, „ist entschlossen, unter keinen Bedingungen irgendeine Unterlegenheit in Bezug auf irgendeine Streitkraft hinzunehmen.“

Nachdem Baldwin die Frage der zivilen Luftfahrt behandelt hatte, fuhr er fort, es sei seine Ueber-

sich um den Aufbau der nationalsozialistischen Bewegung in Danzig verdient gemacht hatte, trat er bei der Machtübernahme am 20. Juni 1933 in die Danziger Regierung als Senatsvizepräsident und Innenminister ein. Er ist außerdem SS-Oberführer, Fliegerkommandant bei der Fliegerlandessgruppe Danzig und stellv. Gauleiter der NSDAP. Als Innenminister oblag ihm insbesondere die Neuorganisation der Danziger Polizei. Auch an der erfolgreichen Abwicklung der außenpolitischen Verhandlung mit Polen war er nicht uneteiligt. Zusammen mit dem bisherigen Senatspräsidenten Dr. Kaufmann trat er im Juli 1933 die Reise nach Warschau an, die Ausgangspunkt für das Wert einer ehrlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen wurde.

In einer an die erste Sitzung anschließenden zweiten Sitzung des Volkstages gab der neue Senatspräsident eine Regierungserklärung ab, in der er sagte, er übernehme das Amt, gestützt auf das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Danziger Bevölkerung, die durch die nationalsozialistische Fraktion im Volkstage vertreten sei. Er forderte darüber hinaus alle Kreise der Danziger Bevölkerung zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der Zukunft auf. Am Schluß seiner Ausführungen bekannte sich Senatspräsident Greiser mit besonderem Nachdruck zur Fortführung der freundschaftlichen Politik gegenüber Polen. An der bisherigen Einstellung gegenüber Polen werde sich nichts ändern, sondern im Gegenteil würde diese vom Nationalsozialismus getragene Danziger Regierung noch eine weitere Vertiefung dieser wechselseitigen Beziehungen anstreben. (Stürmischer Beifall.)

zeugung, daß auch Deutschland diese Besorgnis nicht unbekannt sei. Baldwin bemerkte, seine Rede mit großem Ernst und unter völliger Aufmerksamkeit stillschweigend fortgesetzt, Deutschland hänge bei seiner geographischen Lage sehr von der Freundschaft und den Handelsbeziehungen mit seinen Nachbarn ab. Wann werde der Tag kommen, wo Deutschland dies erkennen werde? Solange Deutschland sich zurückhalte, und keine unmittelbare Verbindung mit anderen Staatsmännern in Europa habe, werde es mehr und mehr der Argwohn wachsen und es könne sein, daß auch Deutschlands eigene Schwierigkeiten immer weiter wachsen würden.

Baldwin schloß: Ich hoffe, daß diese Aussprache, die mit einem aufrichtigen und berechtigten Wunsch eingeleitet worden ist, die Wahrheit in Europa kennen zu lernen, größere und bessere Folgen haben wird, als irgend jemand von uns für möglich gehalten hat.

Vielleicht ist dadurch Gelegenheit für einen ersten Schritt geschaffen worden, von neuem die Nationen Europas zusammenzubringen.

und vielleicht wird, nachdem man aus der Verschlechterung der Lage Europas in den letzten zwei Jahren etwas gelernt hat, die Stimme der Weisheit und des Friedens sich doch noch geltend machen.

Für die Arbeiteropposition ergriß Johann Morgan Jones das Wort.

Baldwin über die europäische Lage.

DNB London, 28. November.

Nach dem jetzt vorliegenden ausführlichen Bericht über die Rede Baldwins im Unterhaus erklärte dieser noch: Es sind im letzten Januar erst 12 Monate her, daß das augenblickliche Regime in Deutschland zur Macht gelangte. Ich werde dieses Regime nicht kritisieren, aber das notwendige Ergebnis einer Revolution ist, daß ein Diktator oder jemand, der an der Stelle eines Diktators steht, zur Macht gelangt und es ist bekanntermaßen schwieriger, Führung mit einem Diktator zu erhalten als mit einer demokratischen Regierung. Das ist das Ergebnis. Zweitens bringt eine Revolution eine Anzahl neuer Männer zur Macht, die nicht die Erfahrung haben, für ihr Land auswärtige Angelegenheiten zu behandeln und deren Persönlichkeit den Staatsmännern anderer Länder noch nicht bekannt ist.

Man braucht Zeit, um über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen und die Führung wiederherzustellen, die seit vielen Jahren hoffnungslos auf Deutschland gewirkt hat. Das, was in Europa während der letzten Jahre geschehen ist, mag der Beweis dafür sein, was ich eben gesagt habe. Im Januar kam das neue Regime zur Macht, und schon im nächsten Monat erlebte man die Stärkung der Rassen Entente, die als erster Teil Europas auf die neue Führung antwortete. Nicht viel später sehen wir die großen Erschütterungen in Osteuropa, zum großen Teil infolge der Nazi-Propaganda. Im Oktober zog sich Deutschland vom Völkerbund und der Abrüstungskonferenz zurück.

Als Deutschland sich zurückzog, geschah dies in einem Augenblick, wo wir berechtigten Hoffnungen hatten, etwas Wesentliches zu erreichen, als seit vielen Jahren. Die Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen wurde damit vorläufig zerfallen. Dieses Jahr haben wir sogar Zeichen von Nervosität in den Ländern gesehen, die nicht direkt von den Ereignissen berührt wurden, nämlich in der Schweiz und in Skandinavien. Man hat gesehen, wie in Frankreich Kredite behandelt und vorgeschlagen werden, um die Forderungswerte in London zu vermindern und um in vielfacher Weise die Luftstreitkräfte aufzurüsten und Ausrüstung und Munition zu beschaffen. Man hat auf der anderen Seite der Alpen Italien durch die Rückwirkungen der Nazi-propaganda in Österreich beunruhigt gesehen und man hörte eine Rede vom Duce selbst, die, wenn sie wirklich aufgefaßt würde, sehr beunruhigend gewesen wäre.

Polen schloß einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab, der bald auf die Einführung des neuen Regimes folgte und Deutschland verwarf die russischen Vorkämpfe für eine Garantie — eine deutsch-polnische Garantie der baltischen Staaten. Rußland ist ein Land, das durch seine natürliche Lage mehr Sicherheit genießt, als irgend jemand von uns in Europa besitzt. Trotzdem kann man sehen, daß Rußland, das vielleicht einige Besorgnis im Fernen Osten empfindet, zu gleicher Zeit sich darüber beunruhigt, was vielleicht an seiner Westgrenze im Gange sein könne, und es hat eine gewisse Annäherung Rußlands an Frankreich stattgefunden.

Es sind Besprechungen mit Frankreich erfolgt, von denen — dafür leiste ich Gewähr — keine stattgefunden hätte, wenn nicht Deutschland den Völkerbund verlassen hätte und wenn nicht die Handlungen Deutschlands mit Bezug auf seine Rüstungen von diesem Zeitpunkt an in ein Geheimnis gehüllt gewesen wären. Dies führte zum Vorschlag für den Völkervertrag unter Aufsicht in Osteuropa, den wir warm befürworteten und dabei anregten, ihn mehr in Uebereinstimmung mit Locarno zu bringen und ihn allgemein für die Teilnehmer annehmbarer zu gestalten. Dies, so fuhr Baldwin fort, ist fehlgeschlagen. Als natürliches Ergebnis einer fast zweijährigen Herrschaft dieses Regimes in Mitteleuropa hat

Die südslawische Denkschrift zum Marzeller Königsmord.

DNB Genf, 28. November.

Die angekündigte Denkschrift der südslawischen Regierung über die politischen Hintergründe des Marzeller Anschlages ist Mittwoch nachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht worden. Die Denkschrift umfaßt 78 Druckseiten, davon 29 Seiten zusammenfassende Darstellung. Den Inhalt bildet der schriftliche Meinungsaustausch, der seit Oktober 1930 zwischen Budapest und Belgrad über die Tätigkeit der kroatischen Emigranten stattgefunden hat. Die Bilderbeilagen zeigen Mitglieder der Organisation Ustasi in Uniform sowie hauptsächlich Pässe, die von den Budapest-Polizeibehörden beschlagnahmt worden sind. Die Denkschrift ist als Dokument der südslawischen Staatsangehörigen ausgestellt worden.

Die Denkschrift geht nach einer ausführlichen geschichtlichen Einleitung zu der eigentlichen Frage der Verantwortung für den Marzeller Anschlag über. Die Frage der Verantwortlichkeit werde, so heißt es in der Denkschrift, durch drei Tatsachen geklärt:

1. Die Auswahl der Verbrecher sei auf ungarischem Boden unter den Terroristen getroffen worden, die in besonderen Lagern lange und sorgfältig für die Ausführung derartiger Handlungen vorbereitet worden seien.

2. Die Verbrecher hätten das ungarische Gebiet unter Umgehung der ungarischen Pässe verlassen.

3. Der Marzeller Anschlag sei die Auswirkung der Terroristenaktionen, welche jahrelang auf ungarischem Gebiet geleitet und unterstützt worden seien.

Der ungarischen Regierung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie trotz wiederholter Befehle keine wirksamen Maßnahmen gegen die Terroristen in den Jahren 1930 bis 1934 ergriffen habe. Erst im April 1934 habe die ungarische Regierung das Vorhandensein von Terroristen auf ungarischem Gebiet teilweise zugestanden.

Danf der Duldung durch die ungarische Regierung und die Unterlassung der Befehle habe ein Korps von ausgebildeten Mördern und Verbrechern in einer wahren Verbrecherschule entstehen können.

In diesem Terroristenkennzeichen hätten die Organisatoren des Anschlages König Alexander die ausführenden Organe ihrer Untat gesucht und ausgewählt.

Nach dem Geständnis eines der Helfershelfer des Marzeller Mordes, Mijo Kralj, sei in Zagreb, wohin etwa 15 Terroristen aus Santa Puzja übergeführt worden seien, in Anwesenheit des Obersten Pertrbe-witz eine Art Auslosung vorgenommen worden, um die drei Vollstrecker des Anschlages zu wählen. Die drei ausgewählten Verbrecher Mijo Kralj, Zvonimir Popijil und Ivan Rajitch seien ehemalige Inhaftierten des Lagers von Santa Puzja. Diese drei Individuen hätten Zagreb verlassen und ungarischen Pässen verlassen. Das sei durch die ungarische Polizei festgestellt und durch Geständnisse der Schuldigen vor den französischen Behörden bestätigt worden. Der Befehl zur Ausreise nach Frankreich mit ungarischen Pässen, die Eisenbahnfahrkarten und das notwendige Geld seien von dem in Budapest wohnenden Führer der Organisation abgeleitet und von dem Terroristen Mijo Kralj überbracht worden.

Trotz der wiederholten Versprechungen der ungarischen Regierung, daß die Terroristen unter Aufsicht gestellt würden, wären die Vorbereitungen des Anschlages und die Ausreise der Verbrecher ohne jede Schwierigkeit vor sich gegangen.

Die Verantwortung der ungarischen Regierung werde besonders veranschaulicht durch die Tatsache, daß ihr die Anwesenheit des Attentäters Mijo Kralj gemeldet und seine Auslieferung verlangt wurde, sie aber seine Verhaftung hartnäckig abgelehnt habe. Die Haltung der ungarischen Regierung nach dem Marzeller Verbrechen zeige, daß Ungarn weder ein Interesse, noch den Wunsch habe, daß die Hintergründe und Begleitumstände des Verbrechens aufgeklärt würden. Gegenüber der internationalen Untersuchung habe die ungarische Regierung eine planmäßige negative Haltung voller Ausflüchte und Widerprüche eingenommen.

Die Denkschrift schließt mit folgender Erklärung: Wenn die südslawische Regierung eingeleitet hat, den Völkerbundrat mit den äußersten Problemen befragen zu müssen, die vor der Staatengemeinschaft und vor der Weltöffentlichkeit durch das Marzeller Verbrechen, das Südslawien eines großen Königs und Frankreich eines großen Staatsmannes beraubt hat, aufgeworfen worden sind, so deshalb, weil es glaubt, daß dieses Verbrechen nicht als vereinzelte und persönliche Kundgebung eines verbrecherischen Anarchismus, wie er früher in der Geschichte vorgekommen ist, betrachtet werden kann.

Das Marzeller Verbrechen ist die nationale Auswirkung einer seit langem im Ausland organisierten und genährten Verbrechensorganisation gegen Südslawien. Die Behörden eines einzelnen Staates stehen einer derartigen terroristischen Organisation ohnmächtig gegenüber, und ohne internationale Zusammenarbeit ist die Bekämpfung dieser besonders gefährlichen Form der internationalen Kriminalität unmöglich.

Die ungarische Regierung, an die die südslawische Regierung sich so oft gewandt hatte, um ihre Mitwirkung zur Verhinderung dieser Untertriebe zu erlangen, hat keine wirksamen Maßnahmen treffen wollen. Ihrer Haltung ist es auszufließen, daß die seit längerer Zeit gegen Südslawien gerichteten terroristischen Aktionen zu dem Marzeller Verbrechen führen konnten. Die ungarische Regierung hat damit eine schwere Verantwortung übernommen und die südslawische Regierung hält es für ihre vornehmste internationale Pflicht, diese Verantwortung vor dem höchsten Organ der Völkerbundsgemeinschaft zur Anzeige zu bringen.

Auf die Rüstungsaffäre Churhills eingehend, sagte Baldwin u. a.: Die Gerüchte, die über die Neubildung des deutschen Heeres verbreitet waren, sind, so glauben wir, auf die Tatsache gegründet, daß Deutschland im Begriff ist, sein langjähriges Friedensheer von 100 000 Mann in ein künftiges Friedensheer von 300 000 Mann umzuwandeln. Dies war die Forderung, die, wenn ich mich recht entsinne, von Deutschland zu der Zeit, wo es die Abrüstungskonferenz verließ, gestellt wurde.

Die Zahl der deutschen Militärflugzeuge betrafe Baldwin auf 600. Die höchste Ziffer, die von einer guten Quelle genannt worden sei, betrage 1000. Wahrscheinlich beweise die tatsächliche Ziffer zwischen diesen beiden Zahlen. Es bestehe kein Zweifel, daß während der letzten sechs Monate die Leistungsfähigkeit der deutschen Luftindustrie stark erhöht worden sei.

Der Reichsminister der NSDAP gibt bekannt: Aus gegebener Veranlassung weise ich darauf hin, daß die Herstellung und der Vertrieb von sogenannten Opferungs-Abzeichen grundsätzlich untersagt ist. Den Dienststellen der Partei und ihren Gliederungen ist es verboten, sogenannte Opferungs-Abzeichen zu verleihen, soweit nicht eine Genehmigung vorliegt.



Ge Anhol

Nummer 3

Der

Im wesen zwischen C

Die Ausprach

sondere über de

Unterhaus noch

Es zeigte sich d

extremsten Konf

schil gehört, und

fähiger Unterf

Wie bereits g

vertreter des M

der Spre

das Wort. Er

Verlust, die W

den Passagiere

für diese Kriegs

Mitglieder der

nicht, daß man

gegenseinander

Wettstreit rati

Mit eini

rich Morg

Länder n

erhalten, in

Er sagte: Das

die Philosophie

unter eigenes

kein Recht,

Wort zu ha

halten.

Zur allgemei

das Wort, der

gende Erklärung

nommenen Schri

Wom militäri

kein Zweifel, d

Bereitstellung

es sei ein gro

vorbereitet f

das aus den

Land einbre

Flugh Georg

Deutschland

ergriffen wird

ben wollte, d

durchbrechen

stellungen, die

wesen wären

müßte Gebiete

orge fort, kei

daß Deutsch

stellt habe.

Ausrüstungen

nur den deut

weniger als

Ich kann

mutwillig a

Was die Gehe

orge weiter, g

wenn Deutsch

und uns dies

allen die Refe

über 4 Mill

in Refervo

besteht alles

Millionen ins

Frankrei

einen gro

Jahre 1914

Baldwin, fu

Deutschland

patriotischen

Länder aus

an das App

Nach un

die nationa

lung betonte

Deutschland

schmerben in

wägen. Was

von den Refe

proben word

nachfolgen

werde

14 Jahre

haltung ge

folgende R

Sie erhalte

der Berpre

aber eine

dammen.

britannien

erschüt. Ge

lichen, un

banen. Wie

ich schick

wurden, w

haben?"

Flugh Geor

Smuts, daß

Schlüssel für

den sei, be

auf das t

in der fran